

# Der Gesellschafter

## Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Beilagen „Festkünden“, „Unsere Heimat“, „Die Mode vom Tage“.

Bezugpreise: Monatlich einschl. Zustellungslohn A 1.00; Einzelnummer 10 Pfennig. Erscheint an jedem Werktag. Verbreitete Zeitung im Oberamtsbezirk. Schriftleitung, Druck und Verlag von O. W. Jaiser (Inh. Karl Jaiser) Nagold, Marktstraße 14



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage: „Haus-, Garten- und Landwirtschaft“

Anzeigenpreise: 1 spaltige Vorgabe-Zeile oder deren Raum 20 J. Familien-Anzeigen 15 J. Restamegele 60 J. Sammel-Anzeigen 50% Aufschlag. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telephon. Aufträge und Abdruck-Anzeigen wird keine Gebühr übernommen.

Telegr.-Adresse: Gesellschafter Nagold. — In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Postl. Kto. Stuttgart 5113

Nr. 181

Gegründet 1827

Donnerstag, den 6. August 1931

Preis pro Nummer 20

105. Jahrgang

### Tagespiegel

Der Reichskanzler und Dr. Curtius sind am Mittwochabend 10 Uhr vom Anhalter Bahnhof nach Rom abgereist.

Eine Mitgliederversammlung der Amsterdamer Bankervereinigung erklärte, sie sei nicht in der Lage, einen endgültigen Beschluß betr. das Stillhalteabkommen zu fassen. — Es scheint fest, als sollte überhaupt nichts daraus werden.

In einer Besprechung der Neuporster Bankiers wurde erklärt, alle Kreditlinien für Deutschland werden unwillkürlich bleiben, solange der Neuplan bestehen bleibt. Erst nach dessen Aenderung könne man an eine langfristige Anleihe denken. Ebenso sei eine allgemeine Aenderung oder Aufhebung der Kriegsschulden an Amerika unvermeidlich.

Der Sultan von Marokko ist zum (ersten) amtlichen Besuch in Paris eingetroffen.

### Die Zwangsbewirtschaftung der Devisen

Am 4. August ist die Devisen-Rotverordnung in Kraft getreten. Die sehr scharfen Zwangsbestimmungen über die Devisenbewirtschaftung stellen die deutsche Wirtschaft nahezu wieder in die Zeit der Devisenzwangswirtschaft von 1923 hinein. Die Reichsbank wird Mittelpunkt der Überwachung und des An- und Verkaufs von ausländischen Zahlungsmitteln und Forderungen in ausländischer Währung. Sie übt gewissermaßen die Vollzuständigkeit über diesen Teil des Zahlungsverkehrs aus. Den Charakter von Devisenbewirtschaftungsstellen erhalten die Landesfinanzämter, die die Genehmigung zum Devisenerwerb erteilen können. Zum Devisenerwerb können allerdings auch — jedoch immer nur durch die Reichsbank — andere Kreditinstitute zugelassen werden.

Verboden sind — um kurz die wichtigsten Bestimmungen zu wiederholen — Termingeschäfte über ausländische Zahlungsmittel oder Forderungen in ausländischer Währung oder Edelmetallen gegen Reichsmark. Die Genehmigung durch die Landesfinanzämter ist erforderlich beim Erwerb ausländischer Wertpapiere, bei Reichs- oder Goldmarkkrediten an das Ausland (einschließlich Saargebiet) bei Kontenübertragungen und Fessionen in Reichsmark oder Goldmark an das Ausland, bei Verfügung über Auslandsforderungen in Reichs- oder Goldmark, die vor dem 4. August entstanden sind, endlich beim Versand von Zahlungsmitteln und Wertpapieren ins Ausland oder Saargebiet. Ausgenommen von diesen Bestimmungen sind lediglich Zahlungsmittelforderungen, Wertpapiere oder Kredite bis zu 3000 RM im Einzelfall. Es darf also jemand innerhalb eines Monats nur ein einziges Mal mehr als 3000 RM mit ins Ausland nehmen, ein zweites Mal im gleichen Monat aber nicht mehr. Dasselbe gilt in den übrigen, der Genehmigung unterliegenden Fällen, wenn sie sich innerhalb eines Monats wiederholen. Der amtliche Berliner Kurs ist als maßgebend für alle Devisengeschäfte bestimmt. Sehr scharf sind die Anmeldebestimmungen und schließlich die Strafandrohungen, die in Zuchthausstrafen, Einziehung der in Frage kommenden Devisenbeträge und sonstigen Werte, sowie schließlich Beschlagnahme des Vermögens gipfeln.

Es wird sich auch hier wieder herausstellen, daß in vielen Fällen die Durchführung sogar auf große Schwierigkeiten stoßen dürfte. Es sieht so aus, als ob durch die unumgängliche Befriedigung von Sonderbedürfnissen die Verordnung schließlich wieder durchlöcheri werden wird. Das ist, wenn man den Zweck als Ganzes im Auge behält, nämlich eine planmäßige Devisenbewirtschaftung als weitere Schutzmaßnahme für die Währung, bedauerlich. Denn es handelt sich ja nicht nur darum, die im Land vorhandenen Devisenbestände zu stärken, sondern auch darum, den Devisenbedarf der Wirtschaft, der jetzt stark auf sich selbst angewiesen ist, damit in Einklang zu bringen. Man muß dabei auch in die Zukunft sehen, die noch mehr als unklar ist. An maßgeblicher Regierunqsstelle hat man besonders die Schwierigkeiten im Auge, die daraus entstehen, daß z. B. dem Einfuhrhändler jetzt weniger, als es früher üblich war, Devisenkredite vom Ausland bewilligt werden. Umgekehrt hört man, daß bei der Ausfuhr das Hereinkommen der Valutaerlöse hinausgedrängt wird, beides vielfach unter Hinweis auf die gespannte Gesamtlage. Dies ist gewiß ein Grund, der für eine scharfe Bewirtschaftung und Überwachung der Devisenein- und -ausgänge spricht.

In einer Besprechung von Vertretern der Wirtschaft mit den Behörden und der Reichsbank ist zum Ausdruck gebracht worden, daß die Rotverordnung in der vorliegenden Form für den Handel unträglich sei und zu schwersten Schädigungen führen müsse, vor allem, weil der Kaufmann seine Entschlüsse schnell fassen müsse und nicht erst auf behördliche Genehmigung warten könne. Es müsse die Forderung erhoben werden, daß in Zukunft derartige Verordnungen nicht einseitig von Berlin aus erlassen, sondern vorher mit Vertretern der Wirtschaft beraten werden.

Es ist natürlich eine große Behinderung des gesamten

Außenhandels, wenn er nur durch die schriftliche Zustimmung der Devisenbewirtschaftungsstellen betrieben werden kann. Es wird den Finanzämtern bei allem guten Willen nicht leicht werden, dieser Sonderaufgabe, die mit ihren sonstigen Obliegenheiten sehr wenig zu tun hatte, gerecht zu werden. Scharfstellung auf der einen Seite, Härten und Erschwerungen auf der anderen Seite und in jedem Fall Zeitverlust bei der Abwicklung, das sind die Nachteile, die man ernstlich befürchten muß. Es wird von der Handhabung der inzwischen ausgearbeiteten Richtlinien abhängen, wie weit die angeordneten Nachteile gemildert werden können.

### Die Richtlinien

Inzwischen sind die Richtlinien für die Devisenbewirtschaftungsstellen, also in der Hauptsache für die Finanzämter, ausgearbeitet worden. Danach wird sich, soweit bis jetzt bekannt ist, die Genehmigung von Devisen durch diese Stellen nach Warengruppen richten. Hierbei sollen die lebenswichtigen Einfuhren (in erster Linie also

wohl Rohstoffe verschiedener Art) bevorzugt werden. Eine weitere Gruppe, die vermutlich Halbfabrikate und ähnliches umfaßt, soll in der Genehmigungsrichtung beschränkt werden, wobei die jeweilige Devisenanlage berücksichtigt werden dürfte. Die Devisenbeschaffung soll für diese Waren nach oben hin begrenzt werden, angeblich bis zu 1000 RM im Einzelfalle. Die nicht unter diese beiden Gruppen fallenden Waren werden als gegenwärtig entbehrlich für die Einfuhr angesehen. Sie scheinen also praktisch für die Devisenbewirtschaftung ausgeschlossen. Natürlich können sich diese Beschränkungen nur auf diejenigen Waren beziehen, die nach dem Inkrafttreten der Rotverordnung gekauft und abgenommen worden sind. Die vor dem 4. August gekauften oder schon zum Versand gedachten Waren dürften nicht unter die Beschränkungen fallen. Bemerkenswert ist noch, daß dem Bernehmen nach für den Bezug von Rohle die Devisenbeschaffung nur mit Zustimmung des Reichswirtschaftsministers genehmigt werden soll.

## Enttäuschung über Brüning's Rundfunkrede

### „Staatsbürger“ und „Staatsbürger“ sind manchmal zweierlei, Herr Reichskanzler!

Berlin, 5. August. In seiner getriggen Rundfunkrede führte Reichskanzler Dr. Brüning u. a. aus: Das deutsche Volk habe die hereingebrochene schwere Prüfung der Krise in vorbildlicher Ruhe über sich ergehen lassen. Die Reichsregierung habe in den vergangenen Monaten in ihren Maßnahmen, vor allem in die Reparationspolitik, behutsam vorgehen müssen, weil sie wüßte, welche finanziellen Schwierigkeiten bevorstanden. Ein Fortschritt sei, daß nun die ganze Welt einig sei, daß die Not eines Volkes nicht der Vorteil eines anderen sei. Die außenpolitischen Besprechungen seien nur die ersten Schritte auf dem Weg, der, wie die Reichsregierung hoffe, zu einer dauerhaften internationalen Zusammenarbeit führen solle. An eine große Auslandsanleihe sei nicht mehr zu denken, deshalb sei das deutsche Volk auf Selbsthilfe angewiesen, ohne daß man sich vom Ausland abschleife. Die Rotverordnungen seien scharf, aber man wolle dafür sorgen, daß sie nicht wirtschaftsfördernd wirken. Wer heute bares Geld beanspruche, wo es nicht unbedingt nötig sei, der handle grundlos nervös und denke nicht wirtschaftlich richtig. Noch in dieser Woche werde Klarheit über den Zeitpunkt der Wiedereröffnung des unbeschränkten Zahlungsverkehrs im Rahmen der Satzungen auch bei den Sparkassen geschaffen werden. Notwendig sei nunmehr das Vertrauen. Zum Schluß erklärte der Reichskanzler „als Staatsbürger, nicht als Parteipolitiker“, daß man ihn bei der Abstimmung über den Volksscheid über Auflösung des preussischen Landtags am 9. August „nicht an der Wahlurne sehen“ werde.

Die Rede Brüning's hat nach den Berichten der Berliner Blätter selbst in den Regierungsparteien enttäuscht.

### Guter Eindruck der Rede im Ausland

Genf, 5. August. Die Rundfunkrede des Reichskanzlers hat bei den Völkerverbindungen guten Eindruck gemacht. Neues

habe er zwar nicht gesagt, aber es sei bemerkenswert, mit welcher Offenheit er auch die Unsichtbarkeit einer großen Anleihe für Deutschland hingewiesen und die Notwendigkeit der Selbsthilfe betont habe.

Ähnlich urteilen auch die amerikanischen Blätter. Sie scheinen hauptsächlich darüber beunruhigt zu sein, daß Amerika der Hilfe für Deutschland entzogen ist, wenn dieses sich selbst zu helfen gezwungen ist.

### Gegenerklärung gegen Brüning

Berlin, 5. August. Im Anschluß an die Rundfunkrede des Reichskanzlers fand eine Kundgebung des Stahlhelms statt, in der an der Stellungnahme Dr. Brüning's gegen den Volksscheid und gegen den Mißbrauch des Rundfunks zu parteipolitischen Zwecken scharfe Kritik geübt wurde. Es wurde darauf folgende Erklärung abgegeben:

Als Staatsbürger — nicht als Parteipolitiker — erklären wir dem preussischen Volk, daß es uns am 9. August an der Wahlurne sehen wird. Nicht Vertuschung der parteipolitischen Gegensätze ist das Gebot der Stunde, sondern Klärung der wahren Volksmeinung, die allein die Voraussetzung schaffen kann für eine diese Gegensätze überwindende schöpferische Synthese.

Diese Erklärung wurde unterzeichnet von folgenden Persönlichkeiten: Bethge; Dr. Martin Blank; von Dommes; Düsterberg; Graf Eulenburg-Wicken; Orgs von der Goltz; Generaloberst Heye; Dr. Hugenberg; von Jena; Graf Kalkreuth; Altdorf; Freiherr von Landsberg; Dr. Lübbert; Feldmarschall von Mackensen; Dr. Marek; von Morenowicz; Friedrich Reinhardt; Franz Seibitz; Dr. Schoch; von Seibel; Freiherr von Winter; Baron Wedel; Winnig.

## Der Besuch in Rom

### Eine Erklärung des Reichskanzlers anlässlich der Reise nach Rom.

Berlin, 5. August. Anlässlich der Abreise des Reichskanzlers und des Reichsaussenministers nach Rom hat Reichskanzler Dr. Brüning Wolffs Telegraphischem Büro die folgende Erklärung zur Verfügung gestellt:

Meinem Kollegen, dem Herrn Reichsminister des Auswärtigen und mir ist es eine besondere Freude, die Reise nach Rom anzutreten und so Gelegenheit zu finden, den hervorragenden Chef der italienischen Regierung persönlich kennen zu lernen. In Deutschland ist man sich dessen bewußt, daß alle politischen Entscheidungen Italiens in diesem Jahre von einem Gefühl ernstlicher Verantwortung für Europas Befriedung und wirtschaftliche Wiederaufrichtung getragen waren, zwei Ziele, in denen Deutschlands und Italiens Interesse sich durchaus begegnen. In diesem Sinne wünsche ich der Hoffnung auf einen harmonischen, erfolgreichen Verlauf der bevorstehenden zwanglosen und freundschaftlichen Beziehungen Ausdruck zu geben.

### Rußland bestellt zwei Luftschiffe

Die großen Erfolge des Luftschiffs „Graf Zeppelin“ haben die Sowjetregierung in Moskau veranlaßt, bei der Luftschiffwerke in Friedrichshafen mit größter Beschleunigung zwei Zeppelin-Luftschiffe bauen zu lassen.

### Zusammenschwimmen oder untergehen

London, 5. August. Die „Daily Mail“ veröffentlicht eine Unterredung eines Mitarbeiters in Berlin mit Dr. Schacht. Dieser habe erklärt, England müsse mit Deutschland zusammenschwimmen oder untergehen. Die Zusammenarbeit sei für beide lebenswichtig. Dies müsse so geschehen, daß man die Verbrauchskraft der Länder erhöhe durch langfristige internationale Finanzierung von gesunden Wirtschaftsunternehmen. Dabei müsse aber die Industrie die Führung übernehmen an Stelle der Banken. Letztere müßten natürlich mithelfen.



Württemberg

Stuttgart, 5. August 1931.

Reichsbankdiskont und Hypothekenzinsen. Der Abg. Vogel (DAP.) hat an die Regierung eine kleine Anfrage gerichtet, ob sie bereit ist, sofort bei der Reichsregierung in dem Sinn vorstellig zu werden...

Vorauszahlung auf die Aufbringungsumlage 1931. Das Reichsfinanzministerium teilt mit: Am 15. August 1931 wird die erste Rate der Aufbringungsumlage für das Rechnungsjahr 1931 fällig.

Neue Oberamtskarten sind für die Oberämter Kirchheim, Balingen, Rottenburg, Tübingen, Reutlingen, Urach, Badnang und Gmünd (1:100 000) erschienen.

Zum Volksentscheid in Hohenzollern. Auf Einladung des Stahlfabrikanten, W. d. F., Landesoberband Baden-Württemberg, fanden sich am Freitag, 31. Juli, im Hotel Victoria die Vertreter derjenigen württembergischen und hohenzollernischen Parteien und Gruppen zusammen...

Der 'Duzfreund des Staatspräsidenten'. Als ein Polizeibeamter einen Nachtruckschreiber auf dem Charlottenplatz feststellen wollte, schrieb dieser das Polizeiorgan an: 'Der Staatspräsident ist mein Duzfreund, nehmen Sie sich in acht'...

Ebingen, 5. August. Belegung der Möbelindustrie durch Angstkäufe. Im Gebiet des Arbeitsamts Balingen, Amstutzweiler Balingen und Kreis Hechingen zusammen, hat durch die jüngst erfolgten Angstkäufe die Möbelindustrie eine namhafte Belegung erfahren...

Göppingen, 5. August. Los von Welzheim. Auf die verschiedenen Eingaben der Gemeinde Wälchenbeuren, die Fernsprechteilnehmer an das Fernspreckamt Göppingen anzuschließen, hat die Oberpostdirektion Stuttgart einen ablehnenden Bescheid erteilt.

Seibronn a. N., 5. August. Ein Unverbesserlicher. Eine Briefmarkensammlung im Wert von 4000 Reichsmark und ein Fahrrad im Wert von etwa 50 RM. stahl hier am 30. Mai der 21jährige Kellner E. A. Er hatte eigentlich nur das Fahrrad stehlen wollen...

Reutlingen, 5. August. Haus 'Dineweg' auf Friedrich List-Hof. Am vergangenen Sonntag wurde mit einer kleinen Feier die neuerstellte Wohnbaracke der Kameradschaft Friedrich List des Freim. Volksdienstes eingeweiht.

Chingen a. d. Donau, 5. August. Ein Todesopfer des Motorradunfalls. In dem Motorradunfall am Schaffberg zwischen Chingen und Berg wird noch gemeldet, daß der schwer verletzte 33jährige Vohndrehereibesitzer Alois Schlander von Biberach seinen Verletzungen erliegen ist.

Unterriethingen, 5. August. Grausige Entdeckung. Die Eheleute Boob erkrankten, als sie im oberen Stock bei einem Gemitter am Dienstag mittag die Fenster schließen wollten, ihren 24jährigen ledigen Sohn Karl, der schon seit Jahren in Bissingen wohnte...

Amstutzweiler B., 5. August. Wertvoller Fund. Vor ungefähr acht Tagen fand ein Amstutzweiler Zahnarbeiter in Urspiring eine Geldmappe, deren Inhalt aus Banknoten in deutscher und österreichischer Währung bestand.

2 Ratschläge

für die Schönheitspflege auf der Reise

- 1. Zur natürlichen Bräunung der Haut... 2. Zur Erlangung schöner weißer Zähne... Chlorodont-Zahnpasta...

Eutingen bei Pforzheim, 5. August. Brand. Heute früh brannte das ganze Anwesen der Witwe Wilhelm Karst, bestehend aus Wohnhaus, Scheune, Stallung und Holzschuppen...

Leibingen, 5. August. Wer ist der Täter? Sonntag früh wurden im Stallhof Ruhe hier eine Anzahl Kaninchen tot in ihren Stallungen vorgefunden...

Schreizeim, 5. August. Diebstahl. Kein unreiches Obst. Vor einigen Tagen wurden einem Bauern von Soerwang eine Anzahl Kartoffelstöcke missetzungsweise ausgerissen...

Heidenheim, 5. August. Jägermeister Buffard. Bei dem Jagelmeister am 18. Juni wurde ein junger Buffard, der noch nicht fliegen war, aus seiner 'Wiese' geworfen.

Isny, 5. August. Schwere Verkehrsunfall. In der Wassertröste stießen ein Leichtmotorrad und ein Radfahrer zusammen. Der Leichtmotorradfahrer, Kaplan L. Immler von Röhndach, erlitt hierbei einen schweren Schädelbruch...

Eindau, 5. August. Einer, der die Freiheit liebt. Daß man nicht gern ins Gefängnis geht, ist verständlich. Daher versuchte auch der Hilfsarbeiter Albert Jagst in Eindau den Antritt einer ihm subskribierten, mehrmonatigen Gefängnisstrafe so lange als möglich hinauszuziehen.

Vom bayerischen Agär, 5. August. Lieber deutscher Vater Hindenburg. Der 19jährige Zimmermann Josef Waltram von Stalg bei Halbenwang schrieb am 30. April 1931 an den Reichspräsidenten Hindenburg...

Helene Chlodwigs Schuld und Sühne

ROMAN VON J. SCHNEIDER-FOERSTL

1. Fortsetzung.

Als sie sich endlich nach ihm umwandte, flog ein kurzer, prüfender Blick über ihn hin, den er mit einer leichten Verneigung quittierte. Die schlante Hand nahm das Zigarettenetui auf, klappte es zu und steckte es mit dem Feuerzeug in die Seitentasche des Cabardinermantels...

'Landwirt.' Nun war es schon eins, wenn er weiterlog. Warum war sie so neugierig. Er hatte sie auch um nichts gefragt. 'Das finde ich hübsch', sagte sie anerkennend, während zugleich ein Lächeln des Spotts in ihren Augen lag.

etui heraus und hielt es ihr entgegen. Mit einem Blinzeln der Augen sah sie zu ihm auf: 'Danke!' 'Sie bevorzugen eine bestimmte Sorte, gnädige Frau?' 'Ja, rauche überhaupt nicht!' Er schielte nach dem Cabardinermantel und machte kein hochmütiges Gesicht.



